Allgemeine Geschäftsbedingungen der CODIGO GmbH für Nutzer

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachfolgend „AGB“) regeln das Vertragsverhältnis zwischen der CODIGO GmbH, Charlottenstraße 25, 66119 Saarbrücken, Deutschland, Registergericht: Amtsgericht Saarbrücken, HRB: 109039, vertreten durch die Geschäftsführung (nachfolgend „Provider“), und den registrierten Kunden (nachfolgend „Nutzer“).

Der Provider betreibt unter der Domain codigo.de eine webbasierte Software-Plattform zur digitalen Nachlassvorsorge (nachfolgend „Plattform“). Die Plattform ermöglicht es dem Nutzer, persönliche Informationen, Dokumente und Zugangsdaten verschlüsselt zu hinterlegen und Anweisungen für deren Verwaltung und Weitergabe im Falle des Einritts eines „Vorsorgefalles“ (Tod oder sonstiger konkret definierter Vorsorgefall) zu erteilen.

§ 1 Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle zwischen dem Provider und dem Nutzer geschlossene Verträge im Hinblick auf die Software. Diese Bedingungen gelten zudem für alle damit verbundenen Anwendungen und Dienstleistungen des Providers, die sich auf den Betrieb und die Ausgestaltung der Plattform beziehen. Der Provider erkennt abweichende Geschäftsbedingungen des Nutzers nicht an, es sei denn, der Provider hätte diesen ausdrücklich schriftlich zugestimmt.

§ 2 Allgemeine Bestimmungen

(1) Der Provider schuldet keine Anpassung an die individuellen Bedürfnisse oder die IT-Umgebung des Nutzers, es sei denn, dies ist gesondert vereinbart worden.

(2) Die Vertragssprache ist deutsch. Soweit der Provider Übersetzungen der deutschen Sprachfassung dieser Nutzungsbedingungen zur Verfügung stellt, bleibt für die rechtliche Beurteilung in Bezug auf die Nutzung der Plattform stets die deutsche Sprachfassung dieser Nutzungsbedingungen maßgeblich.

§ 3 Vertragsgegenstand

Der Provider stellt dem Nutzer eine digitale Plattform zur Verwaltung persönlicher Nachlassinformationen zur Verfügung. Umfang und Funktionen der Plattform ergeben sich aus der jeweiligen Leistungsbeschreibung auf der Website.

§ 4 Vertragsschluss

(1) Die Darstellung der Leistungen auf der Website des Providers stellt kein verbindliches Angebot dar, sondern eine unverbindliche Aufforderung an den Nutzer, ein Angebot abzugeben.

(2) Voraussetzung für die Nutzung der Dienste ist die Registrierung eines kostenfreien Nutzerkontos. Die bei der Registrierung abgefragten Daten sind vollständig und wahrheitsgemäß anzugeben.

(3) Registrierte Nutzer können über ihr Nutzerkonto ein kostenpflichtiges Abonnement abschließen. Durch Anklicken des entsprechend gekennzeichneten Bestellbuttons („zahlungspflichtig bestellen“) gibt der Nutzer ein verbindliches Angebot auf Abschluss eines Nutzungsvertrages ab.

(4) Der Vertrag kommt zustande, sobald der Provider das Angebot des Nutzers durch eine automatisierte Bestätigungs-E-Mail annimmt oder dem Nutzer den kostenpflichtigen Zugang zu den Diensten freischaltet.

(5) Der Vertragstext (einschließlich der AGB) wird von dem Provider gespeichert. Die Vertragsinformationen zur Buchung werden dem Nutzer in einem gesonderten Text (Mail) übermittelt.

§ 5 Widerrufsrecht

(1) Für Verbraucher besteht ein Widerrufsrecht. Die Einzelheiten ergeben sich aus der gesonderten Widerrufsbelehrung des Providers.

(2) Das Widerrufsrecht erlischt vorzeitig bei Verträgen über digitale Inhalte oder Dienstleistungen, sobald der Provider mit der Ausführung des Vertrags begonnen hat, nachdem der Nutzer hierzu seine ausdrückliche Zustimmung erteilt und seine Kenntnis vom Verlust des Widerrufsrechts bestätigt hat.

§ 6 Leistungen des Providers

(1) Der Provider stellt dem Nutzer eine webbasierte Plattform zur Hinterlegung und Verwaltung von Daten und Informationen zur Verfügung, die im Fall des Eintritts eines Vorsorgefalles abgerufen werden können. Der genaue Funktionsumfang ergibt sich aus der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Leistungsbeschreibung auf der Website.

(2) Der Provider schuldet die Bereitstellung der technischen Infrastruktur zur Speicherung und – nach Eintritt des Vorsorgefalls gemäß § 10 – die Übermittlung bzw. Freigabe der Daten an die benannten Vertrauenspersonen.

(3) Der Provider erbringt keine Rechts- oder Steuerberatung. Die Plattform dient lediglich der technischen Unterstützung der Nachlassvorsorge. Es obliegt dem Nutzer, die rechtliche Wirksamkeit seiner Hinterlegungen (z. B. Testamente) sicherzustellen.

(4) Der Provider ist berechtigt, die Plattform und deren Funktionen unter Berücksichtigung der Nutzerinteressen weiterzuentwickeln und zu verändern, sofern der wesentliche Vertragszweck (die Datensicherung für den Nachlassfall) erhalten bleibt.

§ 7 Mitwirkungspflicht des Nutzers

(1) Der Nutzer verpflichtet sich, die Plattform ausschließlich für die rechtmäßigen und vertraglich vereinbarten Zwecke zu nutzen.

(2) Der Nutzer darf keine Mechanismen, Software oder sonstige Scripts in Verbindung mit der Nutzung der Dienste verwenden, die das Funktionieren der Webseite und der Dienste stören könnten.

(3) Der Nutzer ist verpflichtet, die Zugangsdaten zu seinem Nutzerkonto (insbesondere das Passwort) geheim zu halten und vor dem Zugriff durch unbefugte Dritte zu schützen. Er hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um unbefugten Zugriff Dritter zu verhindern. Der Nutzer hat den Provider unverzüglich zu informieren, wenn Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Nutzung seines Kontos vorliegen.

(4) Dem Nutzer obliegt es, in regelmäßigen Abständen eigene Sicherungskopien der von ihm auf der Plattform hinterlegten Daten und Dokumente zu erstellen, um bei einem eventuellen Datenverlust deren Wiederherstellung zu ermöglichen.

(5) Der Nutzer ist verpflichtet, alle im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und des Datenschutzes notwendigen Einwilligungen, Aufklärungen und Informationen (insbesondere gegenüber betroffenen Dritten oder benannten Vertrauenspersonen) selbstständig zu erfüllen. Ein Verweis auf die Datenschutzerklärung des Providers ist zulässig.

(6) Soweit der Nutzer rechtswidrig Inhalte auf der Plattform einstellt oder gegen die Pflichten aus diesem Paragrafen verstößt, stellt er den Provider auf erstes Anfordern von allen daraus resultierenden Ansprüchen Dritter sowie den Kosten einer angemessenen Rechtsverteidigung frei.

(7) Dem Nutzer ist es untersagt, Inhalte auf der Plattform zu speichern, die gegen geltendes Recht verstoßen, Rechte Dritter verletzen (insb. Urheber- und Markenrechte) oder die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verletzen. Insbesondere dürfen keine Dateien hochgeladen werden, die Schadsoftware (Viren, Trojaner etc.) enthalten.

§ 8 Preis / Zahlungsbedingungen

(1) Es gelten die zum Zeitpunkt der Bestellung auf der Website des Providers angegebenen Preise. Alle Preise verstehen sich als Endpreise inklusive der jeweils geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer.

(2) Die Vergütung wird je nach gewählter Laufzeit monatlich oder jährlich im Voraus abgerechnet. Die erste Zahlung ist unmittelbar mit Vertragsschluss fällig, jede weitere Zahlung jeweils am ersten Tag des neuen Abrechnungszeitraums.

(3) Die Zahlung erfolgt über die vom Provider angebotenen automatisierten Zahlungsmethoden (z. B. Kreditkarte, SEPA-Lastschrift, PayPal). Der Nutzer ermächtigt den Provider, die anfallenden Entgelte für die gesamte Laufzeit (einschließlich Verlängerungszeiträumen) zum Zeitpunkt der Fälligkeit einzuziehen.

(4) Gerät der Nutzer mit der Zahlung in Verzug, ist der Provider berechtigt, den Zugang zum Nutzerkonto nach vorheriger Ankündigung in Textform zu sperren. Die Zahlungspflicht bleibt während der Sperrung bestehen. Der Zugang wird erst nach vollständigem Ausgleich der Rückstände wieder freigeschaltet.

(5) Der Nutzer hat die Kosten zu tragen, die dem Provider durch eine fehlgeschlagene Zahlungstransaktion (z. B. Rücklastschrift mangels Deckung) entstehen, sofern der Nutzer den Grund hierfür zu vertreten hat.

(6) Im Falle des Todes des Nutzers besteht die Zahlungspflicht bis zur Beendigung des Vertrages gemäß § 9 Abs. 5-7 der AGB fort. Die Erben treten als Rechtsnachfolger in die Zahlungspflicht ein, soweit die vertraglichen Leistungen des Providers zur Abwicklung des digitalen Nachlasses weiterhin in Anspruch genommen werden.

(7) Sofern der Nutzer den Zugang zur Plattform über einen Kooperationspartner des Providers (z. B. Steuerberater, Rechtsanwalt, Finanzberater) erhält und dieser die Vergütung für den Nutzer übernimmt, entfällt die unmittelbare Zahlungspflicht des Nutzers gegenüber dem Provider. In diesem Fall richtet sich die Dauer der Freischaltung nach der Vereinbarung zwischen dem Provider und dem Partner. Endet das Vertragsverhältnis zwischen dem Provider und dem Partner hat der Nutzer nur noch eingeschränkten Zugriff auf seinen Account. Der Provider informiert den Nutzer und bietet ihm den Abschluss eines eigenen Vertrags an. Nimmt der Nutzer diese Möglichkeit nicht wahr, wird der Provider den Account nach 90 Tagen gemäß § 9 Abs. 9 der AGB löschen.

§ 9 Vertragslaufzeit / Kündigung

(1) Der Vertrag wird für die in der jeweiligen Leistungsbeschreibung gewählte Mindestlaufzeit (z. B. einen Monat oder ein Jahr) geschlossen.

(2) Nach Ablauf der Mindestlaufzeit verlängert sich das Vertragsverhältnis automatisch auf unbestimmte Zeit. Der Nutzer kann den Vertrag dann jederzeit mit einer Frist von einem Monat kündigen. Das Recht zur Kündigung zum Ablauf der Mindestlaufzeit bleibt unberührt.

(3) Erfolgt eine Kündigung innerhalb eines bereits im Voraus bezahlten Jahreszeitraums nach Ablauf der Mindestlaufzeit, erstattet der Provider den zu viel gezahlten Betrag zeitanteilig.

(4) Die Kündigung kann in Textform (z. B. per E-Mail) oder über die auf der Webseite bereitgestellte Kündigungsschaltfläche („Kündigungsbutton“) erfolgen.

(5) Das Vertragsverhältnis endet nicht mit dem Eintritt des Vorsorgefalles, sondern bleibt als zweckgebundener Vorsorgevertrag bestehen. Der Vertragszweck beschränkt sich ab diesem Zeitpunkt ausschließlich auf die Ausführung der vom Nutzer hinterlegten Verfügungen und die Verwaltung des digitalen Nachlasses gegenüber den benannten Vertrauenspersonen.

(6) Mit Kenntniserlangung vom Eintritt des Vorsorgefalles wird der Account für den regulären Login gesperrt. In Ausübung des postmortalen Persönlichkeitsrechts des Nutzers wird ein Zugriff durch Dritte (einschließlich Erben) auf die Inhalte nicht gewährt, es sei denn, der Nutzer hat für bestimmte Daten ausdrücklich etwas Abweichendes verfügt. Der Schutz der Privatsphäre des Nutzers bildet den wesentlichen Kern dieses Vorsorgevertrages.

(7) Der Provider leitet mit Kenntnis des Vorsorgefalles die Abwicklungsphase ein. Die hinterlegten Vertrauenspersonen erhalten ausschließlich Zugriff auf die für sie jeweils freigegebenen Daten und Informationen. Mit Erbringung der letzten vorgesehenen Leistung (z. B. vollständige Datenübermittlung oder Kontolöschung) gilt der Vertrag als beendet, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf. Mit der Beendigung endet auch die Zahlungspflicht.

(8) Das Recht beider Parteien zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund für den Provider liegt insbesondere vor, wenn der Nutzer mit der Zahlung der Vergütung für mehr als zwei Termine in Verzug ist.

(9) Nach Beendigung des Vertrages werden sämtliche Daten des Nutzers automatisch nach Ablauf von 90 Tagen unwiderruflich gelöscht. Innerhalb dieser Frist ist der Nutzer für die Sicherung seiner Daten selbst verantwortlich. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt.

§ 10 Daten und digitale Nachlassabwicklung

(1) Der Nutzer kann auf der Plattform Informationen, Zugangsdaten und Dokumente hinterlegen. Der Provider stellt hierfür die technische Infrastruktur zur verschlüsselten Speicherung zur Verfügung.

(2) Der Nutzer kann eine oder mehrere Vertrauenspersonen benennen. Er legt individuell fest, welche Informationen welcher Vertrauensperson im Vorsorgefall zugänglich gemacht werden sollen. Der Nutzer ist verpflichtet, die Kontaktdaten der Vertrauenspersonen aktuell zu halten.

(3) Der Provider wird erst aktiv, wenn ihm der Eintritt des Vorsorgefalls in ausreichender Form nachgewiesen wird. Dies erfolgt in der Regel durch:

a. Die Übermittlung einer Sterbeurkunde durch eine Vertrauensperson oder Erben in Textform, oder

b. Die Übermittlung sonstiger Urkunden und Dokumente die den Eintritt des Vorsorgefalls eindeutig belegen.

c. Die Meldung durch eine Vertrauensperson über das System, woraufhin der Provider versucht, den Nutzer über mehrere Kanäle zu kontaktieren. Erfolgt innerhalb einer vom Nutzer definierten Frist keine Rückmeldung, gilt der Vorsorgefall als eingetreten.

(4) Nach erfolgreicher Verifizierung des Vorsorgefalls informiert der Provider die benannten Vertrauenspersonen aktiv über die für sie hinterlegten Informationen. Die Freigabe erfolgt ausschließlich im vom Nutzer festgelegten Umfang.

(5) Der Nutzer erkennt an, dass der Provider lediglich als Übermittler des Nutzerwillens agiert. Der Provider prüft die Inhalte nicht auf ihre rechtliche Wirksamkeit (z. B. Erbeinsetzungen). Die Anweisungen des Nutzers zur Datenweitergabe binden den Provider auch gegenüber den gesetzlichen Erben.

§ 11 Kontosperrung und Inhaltemoderation

(1) Der Provider ist berechtigt, den Zugang zum Nutzerkonto vorübergehend oder dauerhaft zu sperren oder hochgeladene Inhalte zu löschen, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Nutzer gegen diese AGB (insb. § 7) oder geltendes Recht verstößt, oder wenn der Provider ein sonstiges berechtigtes Interesse an der Sperrung hat (z. B. Schutz des Systems vor Schadsoftware).

(2) Bei der Entscheidung über eine Sperrung wird der Provider die berechtigten Interessen des Nutzers angemessen berücksichtigen. Der Nutzer wird über die Sperrung und die Gründe hierfür unverzüglich in Textform (E-Mail) informiert, sofern dies rechtlich zulässig ist.

(3) Eine Sperrung wird aufgehoben, sobald der Verdacht des Verstoßes ausgeräumt ist oder der Verstoß eingestellt wurde. Im Falle schwerwiegender oder wiederholter Verstöße ist der Provider zur außerordentlichen Kündigung berechtigt.

(4) Nutzer und Dritte können potenzielle rechtswidrige Inhalte über die in Abs. 6 genannte Kontaktstelle melden. Der Provider wird den Eingang der Meldung bestätigen und den Melder über seine Entscheidung informieren. Bevor Maßnahmen zur Sperrung oder Löschung getroffen werden, wird der betroffene Nutzer – sofern möglich und rechtlich zulässig – angehört.

(5) Nutzer haben das Recht, gegen Entscheidungen des Providers gemäß diesem Paragrafen über das interne Beschwerdemanagementsystem des Providers Widerspruch einzulegen. Die Beschwerde kann innerhalb von sechs Monaten nach der Entscheidung über support@codigo.de eingereicht werden. Beschwerden werden zeitnah, diskriminierungsfrei, sorgfältig und nicht ausschließlich automatisiert entschieden. Begründete Entscheidungen enthalten Hinweise auf die Möglichkeit der Nutzung einer zertifizierten außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle gemäß Art. 21 DSA sowie auf verfügbare gerichtliche Rechtsbehelfe.

(6) Der Provider hat eine zentrale Kontaktstelle für Nutzer und Behörden gemäß Art. 11, 12 DSA eingerichtet. Diese ist unter support@codigo.de erreichbar. Die Kommunikation erfolgt wahlweise in deutscher oder englischer Sprache.

(7) Der Provider setzt zur Moderation von Inhalten sowohl menschliche Überprüfung als auch automatisierte Werkzeuge (z. B. Virenscanner zum Schutz der IT-Integrität) ein. Die endgültige Entscheidung über eine dauerhafte Sperrung oder Löschung erfolgt stets durch eine menschliche Überprüfung.

§ 12 Nutzungsrechte

(1) Der Provider gewährt dem Nutzer ein einfaches, nicht übertragbares und nicht ausschließliches Nutzungsrecht an der Plattform und den digitalen Inhalten, die im Rahmen der Dienste bereitgestellt werden. Dieses Nutzungsrecht ist auf die Dauer des Vertrages beschränkt.

(2) Der Nutzer ist nicht berechtigt, die Plattform oder digitale Inhalte zu verändern, zu kopieren, zu vermieten, zu verleasen, zu verleihen oder abgeleitete Werke zu erstellen.

(3) Jegliche Nutzung, die über die ausdrücklich genehmigte Nutzung hinausgeht, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Providers.

(4) Vorschläge des Nutzers zur Installation, Weiterentwicklung oder Erweiterung der Plattform haben keinen Einfluss auf die Höhe der Vergütung und begründen kein Miturheberrecht, auch wenn sie in die Plattform eingearbeitet werden.

(5) Der Nutzer räumt dem Provider unentgeltlich das nicht ausschließliche, räumlich unbegrenzte und zeitlich auf die Dauer des jeweiligen Vertrages beschränkte Recht ein, bereitgestellte oder hochgeladene Inhalte zur Erfüllung des Vertrages zu bearbeiten. Dies gilt insbesondere für die technische Bearbeitung der im Rahmen der jeweiligen Software hochgeladenen Dateien und alle sonstigen für den Betrieb der jeweiligen Software erforderlichen Rechte.

(6) Mit dem Hochladen oder Übermitteln der Daten an den Provider bestätigt der Nutzer, dass er hinsichtlich aller übermittelten Dateien über ausreichende Rechte verfügt, um den Provider die in den vorstehenden Bestimmungen genannten Rechte einzuräumen und dass ihm keine entgegenstehenden Rechte Dritter bekannt sind. Insbesondere bestätigt der Nutzer, dass er im Besitz der erforderlichen Lizenzen, Rechte, Genehmigungen und Ermächtigungen ist, um alle Marken, Geschäftsgeheimnisse, Urheberrechte und andere Eigentumsrechte an allen übermittelten Dateien zu nutzen und den Provider dazu zu ermächtigen, diese zu nutzen. Er bestätigt zudem, dass er über die schriftliche Zustimmung, Freigabe oder Ermächtigung jeder identifizierbaren Person verfügt, um die Annahme und Nutzung der Uploads durch den Provider in der vorgenannten Weise sicherzustellen. Der Nutzer haftet gegenüber dem Provider für Schäden, die durch Verstöße gegen seine Verpflichtungen aus den vorstehenden Bestimmungen entstehen und stellt den Provider von allen diesbezüglichen Ansprüchen Dritter frei.

(7) Soweit die Plattform von dem Provider Daten oder Auswertungen generiert, ist der Provider berechtigt, die für den Nutzer generierten Ergebnisse für eigene Zwecke zu nutzen, soweit dies im Rahmen der geltenden Datenschutzbestimmungen erfolgt. Der Provider ist ferner berechtigt diese Daten in anonymisierter Form Dritten zur Verfügung zu stellen, soweit ausgeschlossen ist, dass ein Rückschluss auf Personen oder Nutzer erfolgen kann.

(8) Die Plattform kann Software-Komponenten von Drittanbietern oder Open-Source-Software enthalten. In diesem Fall gelten zusätzlich die jeweiligen Lizenzbedingungen der Drittanbieter bzw. die entsprechenden Open-Source-Lizenzen. Im Falle von Widersprüchen zwischen diesen AGB und den Drittlizenzbedingungen gehen Letztere hinsichtlich der jeweiligen Komponente vor. Der Provider ist berechtigt, integrierte Open-Source-Software zu ersetzen, sofern die Funktionalität der Plattform hierdurch nicht wesentlich eingeschränkt wird.

§ 13 Verfügbarkeit / Wartung

(1) Anpassungen, Änderungen und Ergänzungen der Plattform sowie Maßnahmen, die der Feststellung und Beseitigung von Störungen dienen, führen nur dann zu einer

vorübergehenden Unterbrechung oder Beeinträchtigung der Erreichbarkeit, wenn dies aus technischen Gründen unbedingt erforderlich ist. Sofern Der Provider vorhersehbare Wartungsfenster für einzelne Plattform-Komponenten oder Angebote einsetzt, wird der Provider den Nutzer über die Ausfälle und Wartungsfenster informieren.

(2) Planbare Wartungen werden nach Möglichkeit außerhalb 22:00–06:00 Uhr durchgeführt und mindestens 24 Stunden vorher angekündigt.

(3) Die Verfügbarkeit der Plattform beträgt 98,5% im Jahresdurchschnitt, einschließlich Wartungsarbeiten, wobei die Verfügbarkeit nicht länger als zwei aufeinanderfolgende Kalendertage beeinträchtigt oder unterbrochen werden darf.

(4) Der Provider behält sich das Recht vor, seine Leistungen in Bezug auf die Plattform vorübergehend einzuschränken, wenn dies im Hinblick auf Kapazitätsgrenzen, die Sicherheit oder Integrität der Server des Providers oder zur Durchführung technischer Maßnahmen erforderlich ist oder dies der ordnungsgemäßen oder verbesserten Erbringung der Leistungen dient. Der Provider wird in diesen Fällen auf die berechtigten Interessen des Nutzers Rücksicht nehmen, z.B. durch Vorabinformationen.

§ 14 Support

(1) Der Nutzer kann Störungen der Plattform jederzeit per E-Mail an info@codigo.de oder über die im Nutzerkonto hinterlegten Kontaktwege melden.

(2) Der Provider bearbeitet Störungsmeldungen innerhalb der Supportzeiten (Montag bis Freitag zwischen 9:00 und 15:00 Uhr, ausgenommen gesetzliche Feiertage am Sitz des Providers in Saarbrücken).

(3) Innerhalb der Supportzeiten erfolgt eine Reaktion auf kritische Fehlermeldungen (z. B. vollständiger Systemausfall) innerhalb von 4 Stunden. Bei sonstigen Fehlern, die die Nutzung nicht wesentlich beeinträchtigen oder für die ein Workaround besteht, reagiert der Provider innerhalb von zwei Werktagen.

(4) Bei Meldungen, die außerhalb der Supportzeiten eingehen, beginnt die Reaktionszeit mit dem darauffolgenden Arbeitstag. Die Bearbeitung erfolgt grundsätzlich in der Reihenfolge des Eingangs.

§ 15 Gewährleistung

(1) Der Provider stellt dem Nutzer die Plattform in der jeweils aktuellen Version am Routerausgang des Rechenzentrums, in dem die Plattform betrieben wird, zur Verfügung. Der Nutzer ist für die Internetverbindung und die erforderliche Hardware/Software (z. B. aktueller Browser) selbst verantwortlich.

(2) Es gelten die gesetzlichen Gewährleistungsregeln für digitale Produkte. Der Provider gewährleistet, dass die Plattform die in der Leistungsbeschreibung genannten Funktionen aufweist.

(3) Der Provider erfüllt seine Aktualisierungspflicht (§ 327f BGB), indem er Updates direkt auf der Plattform einspielt. Der Nutzer hat keinen Anspruch auf die Beibehaltung eines bestimmten Funktionsumfangs, sofern die vertraglich vereinbarten Hauptleistungspflichten dadurch nicht beeinträchtigt werden.

(4) Ein Mangel liegt insbesondere dann nicht vor, wenn die Nutzung der Plattform durch die Verwendung ungeeigneter Hard- oder Software des Nutzers (z. B. veraltete Browser-Versionen) oder durch Störungen der Internetverbindung auf Seiten des Nutzers beeinträchtigt wird.

(5) Im Falle von Mängeln stehen dem Nutzer die gesetzlichen Rechte zu. Schadensersatzansprüche richten sich jedoch ausschließlich nach § 16 dieser AGB.

§ 16 Haftung

(1) Der Provider haftet unbeschränkt bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit sowie für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

(2) Bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) haftet der Provider der Höhe nach nur auf den vertragstypischen, bei Vertragsschluss vorhersehbaren Schaden. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf. Eine Haftung für anfängliche Mängel der Software ohne Verschulden des Providers ist ausgeschlossen.

(3) Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.

(4) Bei leichter Fahrlässigkeit ist die Haftung für Datenverlust auf den Aufwand beschränkt, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Nutzer zur Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre.

(5) Im Übrigen ist die Haftung des Providers ausgeschlossen. Zwingende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 17 Datenschutz

(1) Der Provider erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten der Nutzer nur in dem Umfang, der zur Erbringung der vertraglichen Leistungen erforderlich ist.

(2) Weitere Informationen zur Datenverarbeitung und den Rechten des Nutzers sind in der Datenschutzerklärung von Der Provider enthalten, die unter https://codigo.de/datenschutz abrufbar ist.

§ 18 Änderung der AGB

(1) Der Provider ist berechtigt, diese AGB mit Wirkung für die Zukunft zu ändern oder zu ergänzen, sofern dies aus triftigen Gründen, insbesondere aufgrund neuer technischer Entwicklungen, Änderungen der Rechtsprechung, der Gesetzgebung oder

anderer gleichwertiger Gründe erforderlich ist und den Nutzer nicht wider Treu und Glauben benachteiligt.

(2) Änderungen, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Preis-Leistungs-Gefüge haben (z. B. Anpassung von Kontaktinformationen, redaktionelle Korrekturen oder die Aufnahme neuer, zusätzlicher Funktionen), werden dem Nutzer mindestens vier Wochen vor ihrem geplanten Inkrafttreten in Textform (z. B. per E-Mail) mitgeteilt. Die Änderungen gelten als angenommen, wenn der Nutzer ihnen nicht innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Mitteilung in Textform widerspricht. Der Provider wird den Nutzer in der Änderungsmitteilung explizit auf sein Widerspruchsrecht und die Folgen eines unterlassenen Widerspruchs hinweisen.

(3) Bei wesentlichen Änderungen (insbesondere Preiserhöhungen oder Änderungen, die Art und Umfang der vereinbarten Hauptleistungen betreffen) wird der Provider die aktive Zustimmung des Nutzers einholen. Dies kann über eine Checkbox beim nächsten Login oder eine Bestätigung per E-Mail erfolgen. Ohne diese Zustimmung wird das Vertragsverhältnis zu den bisherigen Bedingungen fortgesetzt, wobei sich der Provider das Recht vorbehält, den Vertrag in diesem Fall ordentlich zu kündigen.

(4) Das Recht der Parteien zur Kündigung des Vertrages bleibt von etwaigen AGB-Änderungen unberührt.

§ 19 Alternative Streitbeilegung

(1) Nutzer, die Verbraucher im Sinne des § 13 BGB sind, haben die Möglichkeit, im Falle einer Streitigkeit auf dem EU-Portal "Your Europe" (https://europa.eu/youreurope/citizens/index_de.htm) ein Online-Schlichtungsverfahren unter Beteiligung einer anerkannten Schlichtungsstelle durchzuführen. Hierzu können sie die EU-Online-Schlichtungsplattform unter der URL: https://ec.europa.eu/consumers/odr nutzen.

(2) Nutzer, die Verbraucher im Sinne des § 13 BGB sind, haben zudem die Möglichkeit, eine alternative Streitbeilegung im Sinne des § 36 VSBG in Anspruch zu nehmen. Der Provider nimmt nicht an dem alternativen Streitbeilegungsverfahren im Sinne des § 36 VSBG teil.

(3) Das Schlichtungsverfahren ist keine zwingende Voraussetzung für die Anrufung der zuständigen ordentlichen Gerichte, sondern stellt eine alternative Möglichkeit zur Beilegung von Differenzen dar, die im Rahmen eines Vertragsverhältnisses auftreten können.

(4) Andere nationale Regelungen zur Durchführung von Schlichtungsverfahren bleiben von den vorstehenden Bestimmungen unberührt.

§ 20 Schlussbestimmungen

(1) Für Nutzer, die Verbraucher sind, gelten die gesetzlichen Gerichtsstände. Sofern der Nutzer kein Verbraucher ist, wird als Gerichtsstand Saarbrücken vereinbart.

(2) Soweit nach diesen Nutzungsbedingungen die Übermittlung von Erklärungen oder Informationen durch den Provider an den Nutzer vorgesehen ist, erfolgt diese Übermittlung in aller Regel per E-Mail an die von dem Nutzer im Rahmen seiner Registrierung angegebene bzw. im Nutzerkonto hinterlegte E-Mail-Adresse.

(3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ungültig sein oder werden, bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

(4) Auf das Vertragsverhältnis mit dem Nutzer findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Die Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausgeschlossen.